

BÖRSE

AKTIENKURSE

Unter Dampf

An deutschen Börsen stiegen die Aktien in den letzten 16 Monaten um rund 50 Prozent. Dennoch verkünden professionelle Kurspropheten: „Der große Börsenaufschwung ist noch nicht vorüber“ („Frankfurter Börsenbriefe“).

Im Januar 1967 hatte mit Westdeutschlands Konjunktur auch die Börse ihre Talsohle erreicht. Die Statistik meldete nur Jammerzahlen: 621 156 Arbeitslose (Januar 1966: 268 848), Produktionsindex 106,4 (Januar 1966: 113,2), Auftragsindex der gesamten Industrie 227 (Januar 1966: 245).

Obleich von Bonns Schatzminister ausdauernd gestützt, rutschte selbst der Kurs der Volksaktie Veba vom Ausgabepreis 210 auf 165 ab. Generaldirektor Heinz Peter Kemper bemühte sich in der verzweifelten Kurslage um Vertrauen. Kleinmütigen Aktionären verriet er auf der Hauptversammlung: „Ich habe gerade Veba-Aktien für meine Enkel gekauft.“

Der Großvater hatte recht getan: Bundeswirtschaftsminister Schillers Investitionshaushalt für die Wirtschaft von 2,5 Milliarden Mark und steuerliche Investitionsanreize für die Unternehmer setzten die Börse wieder unter Dampf.

Ein Jahr nach dem Kurstief war Kempers Veba-Papier auf den doppelten Wert hinaufgeschneit. Auch die meisten anderen Kurse machten den Zug nach oben mit. So verbuchte VW am Jahresende einen Zuwachs von 62 Prozent, Siemens von 60 Prozent und Hoesch von 79 Prozent.

Günstige Nachrichten aus der Wirtschaft fachten in den ersten Monaten dieses Jahres die Hausse weiter an: Von Januar bis April 1968 ging die Zahl der Arbeitslosen um 341 766 auf 330 851 zurück, der Produktionsindex der Industrie stieg im März auf 125, und von der Hannover-Messe meldeten Westdeutschlands Eisen- und Stahlbosse das beste Geschäft seit Jahren.

Dennoch kam Unruhe an den Börsenschaltern auf. Besorgte Aktionäre hielten es nach dem stürmischen Kursaufschwung für geraten, sich mit Ge-

winn von ihren Papieren zu trennen. Fachleute jedoch raten abzuwarten. Herbert Henzel, Börsenvorstand der Dresdner Bank: „Ich glaube, daß in der Börse noch einige Musik drin ist. Auf eine sorgfältige Auswahl der Aktien sollte man aber gesteigerten Wert legen.“

Westdeutschlands Börsen-Informationenblätter nehmen ihren Kunden die Qual der Wahl ab. So kalkuliert das Düsseldorfer Zirkular „Die Aktien-Börse“: Papiere des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks (RWE) werden in den nächsten Monaten um 60 Punkte auf 530 hochklettern; bei VW und AEG sind Kursverbesserungen bis auf 600 zu erwarten.



In der
"Unter-Welt":
ist nicht
alles erlaubt.
Der Gentle-
man gibt
den Ton an.

Männer unterwerfen sich gerne seiner Diktatur. Parole:

Gentle-manlike — korrekt vom Scheitel bis zur Wäsche.

Nicht die Kleidung macht den Gentleman, sondern die Wäsche. Also keine Oberflächlichkeiten. Das ist das harte Gesetz der Unterwelt.

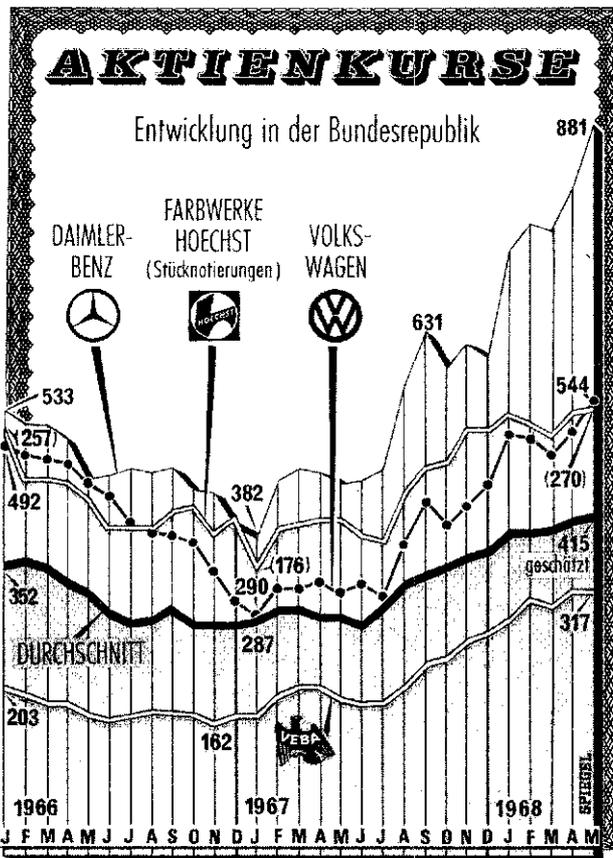
(Lex Hengella) Art. Sport/ Bello reine, supergekämmte Baumwolle.

Wenn Sie also das nächste Mal Unterwäsche kaufen, nennen Sie das Lösungswort:

Hengella Herrenwäsche
Gentle-manlike ist genau das, was sich Männer unter

Unterwäsche vorstellen.

Bezugsquellen, Prospektmaterial:
Hengella GmbH,
Trikot- und Strickwarenfabrik,
708 Aalen/Württ. Abt. D 27568



Noch kühner prophezeien die „Frankfurter Börsenbriefe“. Nach ihrer Schätzung werden Daimler-Aktien (letzter Kurs: 873) in absehbarer Zeit die „Traummarke“ von 1000 Punkten erreichen. VW, so verheißen die Frankfurter, „kosten im Frühjahr 1969 mindestens 650“.

Auch die Düsseldorfer Trinkaus-Bank setzte VW an die Spitze aller Kurs-Renner. In einem Rechenwerk zum hausinternen Gebrauch peilte der Analytisten-Stab der größten deutschen Privatbank die Chancen der nächsten zwölf Monate. VW, so lautete hier das Ergebnis, erreichen im Mai 1969 Kurse von 700 bis 750. Einzige Bedingung: „Das neue Wolfsburger Modell muß ankommen.“

Hohe Gewinne sagen Trinkaus-Spezialisten auch für andere Aktien voraus. Sie erwarten Kurssteigerungen bei

INDUSTRIE

FIRMEN-PUBLIZITÄT

Striptease der Großen

- ▷ Farbenfabriken Bayer AG von 212 bis auf 280;
- ▷ Farbwerke Hoechst AG von 274 bis auf 360;
- ▷ Badische Anilin- & Soda-Fabrik AG von 257 bis auf 340;
- ▷ Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks-Aktiengesellschaft (Veba) von 325 bis auf 400;
- ▷ Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft AEG-Telefunken von 534 bis auf 700;
- ▷ Karstadt AG von 770 bis auf 900;
- ▷ Varta AG von 665 bis auf 900.

Die Weissagungen gründen sich inzwischen nicht mehr nur auf die verbesserte Konjunktur; die Börse honoriert jetzt zunehmend die speziellen Chancen:

Bei Daimler-Benz die in den ersten vier Monaten dieses Jahres um 80 Prozent gestiegenen Aufträge; bei Siemens große Erfolge im Computer-Bau, die dem Konzern bis 1972 zu IBM-Format verhelfen könnten; bei VW eine Gewinn-Eskalation um 35 Prozent; bei den Chemie-Giganten die verstärkte Forschung und Expansion, die sicheren Ertrag versprechen.

Auch Deutschlands Investment-Gesellschaften haben die gewinnträchtigen Industriewerte im Visier. Sie sitzen auf vollen Kassen und müssen kaufen: Allein von Januar bis April dieses Jahres flossen ihnen 357 Millionen Mark aus dem Verkauf neuer Zertifikate zu. Ihr Fondsvermögen stieg während der vergangenen zwölf Monate um 58 Prozent auf fünf Milliarden Mark.

Rückschläge auf Zeit, wie vergangene Woche nach dem Regierungs-Debakel in Baden-Württemberg und schlechten Nachrichten aus Paris, werden von den Kurs-Buchhaltern indes für unausbleiblich gehalten. Um das Risiko möglichst zu verteilen, empfiehlt die Trinkaus-Bank den Kunden, ihr Geld bis zur Hälfte in ausländischen Aktien anzulegen.

Trinkaus-Bankier Dr. Bernhard Müller: „Auch in Tokio und New York ist gutes Geld an Aktien zu verdienen.“



Industrieller Oetker
Rechenschaft unnötig

Lange nach Büroschluß ließ sich Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller mit dem Berliner Bundeskartellamt verbinden. Die teils vom Fernsehen, teils aus den Betten hochgeschreckten Beamten wurden zu einer dringenden Nachtübung gerufen. Schillers Order: Das Kartellamt möge ausrechnen, wie viele westdeutsche Firmen unter Bonns neues Publizitätsgesetz fallen werden.

Das Gesetz — am letzten Mittwoch vom Bundeskabinett nach zwei vergeblichen Anläufen verabschiedet — soll von 1970 an den Schleier lüften, den viele Unternehmer bislang über Kapital und Umsatz, Gewinn und Schulden breiten dürfen. Nur Aktiengesellschaften sind bisher in der Bundesrepublik gesetzlich verpflichtet, Geschäftsberichte zu publizieren. Selbst



Industrieller Flick
Folianten geschlossen

Industriegiganten vom Range Flick (Daimler-Benz, Feldmühle, Dynamit Nobel), Quandt (BMW, Varta) und Oetker (Brauereien, Reedereien, Banken) brauchen niemandem Rechenschaft zu geben, weil sie ihre Holdings nicht als AG firmieren lassen. Quandt verheimlicht sogar, wie viele Arbeiter und Angestellte für ihn Geld verdienen.

Durch Alfred Krupp wurde erst vor kurzem offenbar, welche Risiken das mit sich bringt. Der Konzernchef in Essen hatte sich selbst und die Öffentlichkeit glauben gemacht, er verfüge über mehr als eine Milliarde Mark Eigenkapital. Tatsächlich waren es nur 550 Millionen, und als sein Konzern — im März 1967 — in die Krise geriet, mußten Bund, Banken und das Land Nordrhein-Westfalen für 550 Millionen Mark bürgen, um 100 000 Kruppianern die Arbeitsplätze zu erhalten.

Den westfälischen Textilindustriellen und CDU-Einzelkämpfer im Bonner Parlament Rembert van Delden regte das zu einem Gesetzentwurf an, mit dem er die Steuerzahler vor derart



Industrieller Quandt
Belegschaftszahl unbekannt

kostspieligen Überraschungen schützen wollte. Ohne Rücksicht auf ihre Gesellschaftsform sollten alle jene Unternehmen den Publizitätsvorschriften des Aktiengesetzes unterworfen werden, die

- ▷ mehr als zwei Millionen Mark Kapital besitzen;
- ▷ fünf und mehr Millionen Mark im Jahr umsetzen;
- ▷ mehr als 300 Arbeiter und Angestellte beschäftigen.

Nach diesen strengen Maßstäben hätten etwa 20 000 westdeutsche Firmen ihre Bücher offenlegen müssen. Für einen solchen Bilanz-Striptease konnte Rembert van Delden seine Unionsfreunde trotz aller Beredsamkeit („Der Mantel der christlichen Wohlstandsgesellschaft muß fallen“) nicht gewinnen.

SPD-Justizminister Dr. Gustav Heinemann setzte kraft Amtes nach. Aber Heinemann, durch Vorstandstätigkeit bei den Rheinischen Stahlwerken mit der Empfindsamkeit des Kapitals vertraut, steckte der Regierung ein bescheideneres Ziel. Er nannte drei Bedingungen, von denen zwei erfüllt sein mußten, ehe der Zwang, Zahlen und Geschäftsberichte zu veröffentlichen, wirksam werden sollte:

- ▷ 50 Millionen Mark Bilanzsumme;
- ▷ 100 Millionen Mark Jahresumsatz;
- ▷ 2000 Beschäftigte.

Die Zahl der mutmaßlich betroffenen Firmen in der Bundesrepublik war damit auf 170 geschrumpft, aber selbst zu derart eingegrenzter Publizität mochten sich die Industriefreunde im Kabinett nicht verstehen.

Bundesschatzminister Schmücker glaubte, den Gesetzeszwang mit einem Aufruf zur freiwilligen Publizität vermeiden zu können. Sein Kabinettskollege Franz-Josef Strauß hielt die Ministerrunde mit dem Vorschlag hin, „zunächst die Industriellen eingehend zu hören“.

Der Widerstreit zwischen Heinemann und Strauß überdauerte zwei Kabinettsitzungen. Wirtschaftsminister Schiller fand schließlich die ret-